



Unsägliches „Bäumchen-wechsle-dich-Spiel“

Bodo Ramelow: Nicht neue Megatrassen, sondern „Energiewende aus einem Guss“

Wenn jetzt „CDU-Vertreter gegen die geplante Stromtrasse an der A9 protestieren, behaupten sie das Gegenteil dessen, wofür sie seit Jahren stehen. Es ist ein unsägliches Bäumchen-wechsle-dich-Spiel, was da betrieben wird“, erklärte Bodo Ramelow, Vorsitzender der Linksfraktion. Er verwies dabei auf das Abstimmverhalten Thüringens bei maßgeblichen Entscheidungen zur Trassenplanung.

Der Bundesbedarfsplan für Stromtrassen ist im Juni 2013 im Bundestag verabschiedet worden. Dieser Plan wurde mit Ausnahme der LINKEN von allen Fraktionen bestätigt. „Die Linksfraktion hatte ihn entschieden abgelehnt“, erklärte Ralph Lenkert, Sprecher für Umweltpolitik der LINKEN im Bundestag. Im Juli 2013 hatte auch der Bundesrat dem Bundesbedarfsplan zugestimmt – mit der Stimme Thüringens.

Jegliche Möglichkeit zur Einflussnahme hat Thüringen aus der Hand gegeben, indem es der Änderung des Energiewirtschaftsgesetzes zustimmte. Damit ging die Planungshoheit für das Planfeststellungsverfahren für Trassenverläufe vom Land auf die Bundesnetzagentur über. Das wurde wiederum gegen die Stimmen der LINKEN im Bundestag bestätigt. Auch im Bundesrat bekam diese Änderung die Zustimmung Thüringens.

„Jetzt kann Thüringen im Kreis springen und trotzdem erstmal nichts ändern. So ist das, wenn man Verfahren

einfach aus der Hand gibt.“ Ralph Lenkert sagte weiter: „Wenn sich nun Staatskanzleichef Jürgen Gnauck an die Spitze des Protests setzen will und behauptet, er hätte den Trassenverlauf nicht ahnen können, dann ist dies entweder Unkenntnis oder Unehrllichkeit auf höchster Stufe. Beides macht ihn ungeeignet für den Job, den er hat.“

„Je näher die Kommunalwahl rückt, desto größer werden die Erinnerungslücken der CDU-Regierungsmitglieder“, monierte Bodo Ramelow. Erst ließ man engagierte Bürger und Initiativen gegen den Trassenneubau über Jahre einen einsamen Kampf führen. Auch bei der Klage vor dem Bundesverwaltungsgericht, um die Trasse durch den Thüringer Wald zu verhindern, kam keine Unterstützung der Landesregierung.

Petra Enders: Landesregierung sollte auch Moratorium gegen 380 kV-Leitung unterstützen

„Wenn jetzt lautstark gegen die Trasse an der A9 protestiert wird, ist das an politischer Wendehälsigkeit kaum noch zu überbieten“, so Bodo Ramelow. Wenn die CDU-Vertreter in der Landesregierung glaubwürdig sein wollten, dann müssten sie die derzeit laufende Klage Betroffener aus dem Ilm-Kreis gegen das Energieleitungsausbaugesetz (EnLAG) vor dem Bundesverfassungsgericht tatkräftig unterstützen. Die LINKE fordert erneut ein ernsthaftes Umplanen. „Es geht

nicht um neue Mega-Trassen und einen massiven Netzausbau, sondern um eine Energiewende aus einem Guss mit den Kernpunkten regional, dezentral und regenerativ. Das alles setzt ein sinnvolles Gesamtkonzept voraus, das uns aber die Landesregierung seit Monaten schuldig bleibt.“

Petra Enders, die LINKE Landrätin des Ilm-Kreises, bekräftigte: „Beim Kampf gegen die 380 kV-Leitung Halle-Schweinfurt haben wir eine solche Unterstützung der Landespolitik nicht kennen lernen dürfen. Das ganze Gegenteil war der Fall. Doch nicht nur an der A9 kann man von Elektrosmog krank werden, auch an der A71. Und nicht nur an der A9 werden Natur und Landschaft zerstört und Lebensqualität beeinträchtigt, sondern im Ilm-Kreis und seinen Nachbarkreisen Hildburghausen und Sonneberg auch.“

Hier stehen allerdings momentan keine Fernsehkameras und Mikrophone bereit, um wählerwirksam Protest zu formulieren. Hier steht aber demnächst die Fortsetzung des Planfeststellungsverfahrens für den 3. Bauabschnitt an. Vom 6. bis zum 9. Mai finden in Goldisthal die Erörterungstermine statt. „Dies wäre eine gute Gelegenheit für die Vertreter der Landesregierung mit Frau Lieberknecht an der Spitze, klar zu machen, dass auch diese Leitung nicht gebraucht wird und der Freistaat Thüringen die Forderung nach einem Moratorium zum Leitungsbau unterstützt“.

KOMMENTIERT:

von Ina Leukefeld

Lohnspitzenreiter?

Wie der „Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung“ vermeldete, seien die Löhne in Thüringen in den vergangenen fünf Jahren überdurchschnittlich gestiegen, der Freistaat führe die statistische Erfassung an. Nun freue ich mich für jeden Beschäftigten, der mehr Geld auf sein Konto bekommen hat. Dies ist vor allem dem beherzten Kampf der Gewerkschaften und Beschäftigten selbst zu verdanken, die – wie beispielsweise im Einzelhandel – bestehende Rechte verteidigt und Lohnsteigerungen durchgesetzt haben.

Tatsache bleibt aber auch, dass diese Statistik nur einen Ausschnitt zeigt: Wo wenig verdient wird, wirken selbst kleine Lohnzuwächse als große Sprünge. Zahlreiche Beispiele belegen, dass Thüringen leider noch immer das Land niedriger Löhne ist, in dem aber zugleich am längsten gearbeitet wird. Auch das Wirtschaftsministerium musste einräumen, dass die Beschäftigten im Freistaat mit einem durchschnittlichen Jahresentgelt von 30.300 Euro auf dem drittletzten Platz im Bundesvergleich liegen. Bis zu 35 Prozent der Thüringer würden, so das Institut Arbeit und Qualifikation der Universität Duisburg-Essen, von einem Mindestlohn von 8,50 Euro direkt profitieren. Das sind etwa 300.000 Menschen, was die zugleich enormen Lohnspreizungen deutlich macht. All dies wird von der eingangs zitierte Statistik komplett ignoriert. Selbstverständlich bekennt sich auch die Linksfraktion im Thüringer Landtag zur Tarifautonomie und zu den Aufgaben von Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden, faire Löhne auszuhandeln. Dennoch entbindet dies den Staat nicht von seiner Verantwortung, für faire Rahmenbedingungen und vor allem gute Löhne in seinem Wirkungsbereich zu sorgen. Thüringen braucht endlich ein vernünftiges Tariftreue- und Vergabegesetz, das die öffentliche Hand verpflichtet, nur Gute Arbeit zu unterstützen.

Auf der anderen Seite erwarte ich von der Landesregierung eine klare Position gegen jede Ausnahme beim flächendeckenden Mindestlohn. Eine wirkungsvolle Lohnuntergrenze darf kein Sieb sein. Übrigens musste auch das Wirtschaftsministerium einräumen, dass Thüringen mit einem durchschnittlichen Jahresentgelt von 30.300 Euro auf dem drittletzten Platz in Deutschland liegt.

AKTUELL Solidarität mit Streikenden von Autogrill

Ihre Solidarität mit den streikenden Beschäftigten des Raststätten-Betreibers Autogrill (in Thüringen Eisenach und Hörselgau) hat die Linksfraktion im Thüringer Landtag erklärt. Den Mitarbeitern geht es bei ihrem Arbeitskampf um einen Lohn- und Manteltarifvertrag für alle Beschäftigten der „Autogrill Deutschland GmbH“.

Die Fraktion wünscht viel Erfolg und Durchhaltevermögen für die vor den Osterfeiertagen begonnenen unbefristeten Streiks und die weiteren Tarifaufinandersetzungen. Thüringen sei „angesichts der längsten Arbeitszeiten immer noch das Land mit den niedrigsten Löhnen in Deutschland“, betonte Bodo Ramelow in der Solidaritätsadresse. Schuld daran trage auch die Landesregierung, die

Niedriglöhne jahrelang als „Standortvorteil“ vermarktet hat. Zudem liegt die Tarifbindung in Thüringen bei gerade einmal 22 Prozent. Umso wichtiger sei der Kampf der Beschäftigten für einen Tarifvertrag, für Gute Arbeit und einen gerechten Lohn.

Auch die Landtagsabgeordnete und Landesvorsitzende der Partei DIE LINKE, Susanne Hennig-Wellsow, erklärte die Solidarität mit den streikenden Kolleginnen und Kollegen: „Wir unterstützen das Ringen der Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG) für den Abschluss eines Tarifvertrages für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei Autogrill in Thüringen und Bayern. Nach dem die Arbeitgeberseite keine Bereitschaft zu Lohnerhöhungen zeigt und nicht auf die Warnstreiks reagiert, ist der unbefristete Streik das richtige

Mittel zur Durchsetzung Eurer Forderungen. Ihr leistet Tag für Tag gute und harte Arbeit, die auch entsprechend entlohnt werden muss. Jeder Arbeitnehmer hat den Anspruch auf ein Einkommen, von dem er leben kann und mit dem er eine armutssichere Rente erreicht. Deshalb fordern wir seit Jahren die Einführung eines Mindestlohnes in Höhe von mindestens 10 Euro.

Es ist immer wieder erschreckend und nicht hinnehmbar, dass Konzerne die Arbeit ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter lediglich als Kostenfaktor und damit als größtes Sparpotential sehen. Der große Einfluss, den Eure Arbeit, gerade im Dienstleistungssektor, auf den Gewinn des Unternehmens hat ist durch gute Löhne zu honorieren. Das ist nur gerecht und letztlich auch im Interesse des Unternehmens.“